



HESSISCHER LANDTAG

15.11.2016

HHA

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Drucksache 19/3674

Inhalt des Antrags: **Globale Minderausgabe und Rücknahme der
Arbeitszeitverkürzung**

Einzelplan 17 **Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 17 01 **Allgemeine Finanzierungsvorgänge**
Buchungskreis:

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
972 02	Globale Minderausgabe	0	-25.000.000	-25.000.000
462 01 neu	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0	-20.770.000	-20.770.000

Kameraler Haushaltsabschluss:

Beträge in EUR

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 4	0	-20.770.000	-20.770.000
HG 9	310.737.300	-25.000.000	285.737.300
Kameraler Zuschuss/Überschuss	19.312.507.600	+45.770.000	19.358.277.600

Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Jahre ist eine globale Minderausgabe in Höhe von 25 Mio. EUR gerechtfertigt. Zumal bei der Besetzung von knapp 3.000 neuen Stellen nicht damit zu rechnen ist, dass diese ausgebrachten Stellen alle rechtzeitig besetzt werden können.

Die Arbeitszeitverkürzung (AZV) wird nicht vorgenommen und die Stellen, die dafür vorgesehen sind, werden mit einem Sperrvermerk versehen und im Haushalt 2018 wieder gestrichen. So wie die AZV vorgenommen wird, ist sie eine Mogelpackung und wird von den Beamten durch Verzicht auf das Lebensarbeitszeitkonto selbst gezahlt. Statt der AZV wäre eine angemessene Beteiligung der Beamten an der Einkommensentwicklung statt immer neuer Sonderopfer der richtige Weg. Die Einsparungen aus der AZV in Höhe von rund 20 Mio. EUR sollen in 2017 in ein Investitionsprogramm für die Ausstattung und Sanierung von Schulen fließen. Ab 2018 werden durch den Verzicht zusätzliche 30 Mio. EUR frei, die in die Bündelung und Beschleunigung der Digitalisierung fließen sollen. Die Digitalisierung soll so ausgestaltet

werden, dass sie für Bürgerinnen und Bürger und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes effizient und benutzerfreundlich ausgestattet ist. Eine gelungene Digitalisierung bietet die Chance, perspektivisch eine echte AZV statt der jetzt geplanten Mogelpackung zu ermöglichen.

Wiesbaden, 15. November 2016

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende

Florian Rentsch